

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN

1934 - 1945



Lehre aus Nachkriegsjustiz aktuell auch für Gegenwart

Die jüngst gegründete „Forschungsstelle Nachkriegsjustiz“ ist eine für Österreich einmalige Institution. Zum Vorsitzenden des Kuratoriums wurde der frühere Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky berufen.

Mit der „Forschungsstelle Nachkriegsjustiz“ wurde eine Einrichtung geschaffen, die der wissenschaftlichen Forschung und der Öffentlichkeit Informationen und Dokumente (auch aus zentralen deutschen Stellen) zur Verfügung stellt, welche sich mit dem „österreichischen Anteil“ an den Kriegs- und Humanitätsverbrechen der NS-Diktatur befassen. Ebenso werden die Leistungen und Versäumnisse der Zweiten Republik bei der Aufklärung und Ahndung dieser Verbrechen dokumentiert.

Den Vorsitz im Kuratorium der zentralen Forschungsstelle hat Exbundeskanzler Dr. Franz Vranitzky übernommen. Er war es ja, der mit seiner Erklärung vom 8. Juli 1991 der Zeitgeschichtsforschung neue Impulse gegeben hat, sich stärker mit der Beteiligung österreichischer Täter an den NS-Verbrechen zu befassen. Noch wenig bekannt ist zudem, in welchem Umfang die österreichische Justiz diese Verbrechen ahndete. Immerhin wurden in den ersten Nachkriegsjahren gegen fast 137.000 mutmaßliche NS-Täter gerichtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. 13.607 Personen wurden verurteilt, darunter 43 zum Tode. In den späteren Jahren, auch unter dem Einfluß des Kalten Krie-

ges, erlahmte allerdings das Interesse an der Verfolgung der NS-Verbrechen. Wiederholt wurden – auch von Geschworenengerichten – fragwürdige Freisprüche gefällt, Verurteilte wurden vorzeitig aus der Haft entlassen, in der öffentlichen Argumentation der Republik wurde Österreichs Opferrolle hervorgehoben und die Mitschuld bagatellisiert oder geleugnet.

Bei der Gründungsveranstaltung der Forschungsstelle (an der auch das DÖW beteiligt ist) wies Justizminister Nikolaus Michalek auf die Bedeutung nicht nur für die Erforschung und Auseinandersetzung mit den dunkelsten Verbrechen unseres Jahrhunderts hin. Erst die Gerichtsakte können Verbrechenskomplexe wie z.B. die Euthanasie-Morde vollständig ausleuchten. Diese Auseinandersetzung, so Michalek, sei aber nicht nur Aufarbeitung der Vergangenheit, sie habe auch höchste Aktualität. Er wies darauf hin, daß nun endlich nach vielen Jahren erfolgloser Bemühungen das Statut eines Internationalen Gerichtshofes zur Ahndung von Kriegs- und Humanitätsverbrechen

von den Vereinten Nationen angenommen wurde. Damit sei ein klares Signal gesetzt: Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von wem immer sie begangen werden, sollen nicht ungesühnt bleiben. „Die Täter sollen damit rechnen müssen, daß sie der Arm der Gerechtigkeit schließlich doch erreichen wird.“ Der Schock über die Ereignisse in Ex-Jugoslawi-

en und in Ruanda habe dazu geführt, daß die Lehren, die aus der Vergangenheit zu ziehen sind, nun auch für die Zukunft Gültigkeit haben werden. Das DÖW hat bisher schon zwei Nachkriegsjustiz-Studien erarbeitet: eine über die Volksgerichtsverfahren 1945-1955, eine zweite über Österreichs Nachkriegsjustiz im internationalen Vergleich. ■

Otto-Bauer-Plakette für Johann-Hatzl



Bei der Jahreskonferenz des Wiener Landesverbandes der Freiheitskämpfer wurde neben anderen der Klubobmann der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, Johann Hatzl, für seine aufrechte antifaschistische Haltung mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet (siehe ausführlichen Bericht auf Seite 6).



Foto: Wilhelm Wagner

1. Mai

Am 1. Mai nehmen die Mitglieder des Wiener Landesverbandes am Maiaufmarsch auf dem Wiener Ring wie gewohnt im Rahmen ihrer Bezirksorganisationen teil. Wie jedes Jahr, präsentieren sich die Wiener Freiheitskämpfer am Nachmittag auch heuer bei der Mai-Veranstaltung der Wiener SPÖ im Prater mit einem Informationsstand und einem Bücherstand mit antifaschistischer Literatur. Die Freunde und Mitglieder unseres Bundes sind eingeladen, diesen Informationsstand in der Zeit von 14 bis 17 Uhr zu besuchen.

Nationalfonds für 24.000

„Ein Großteil der Arbeit ist erfüllt“, sagte Nationalratspräsident Fischer, als er kürzlich eine Bilanz des Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus legte. Seit 1995 wurden 23.853 Ansuchen positiv erledigt. 1.518 Anträge wurden abgelehnt. Die NS-Opfer erhalten einen symbolischen Betrag von je 70.000 Schilling. Vom Nationalrat wurden 102 Millionen Schilling aus der letzten Tranche der Raubgold-Entschädigungen Deutschlands für den NS-Opferfonds gewidmet; sie ergänzen die vorjährige 500-Millionen-Dotierung des Fonds.

Nie wieder Bürgerkrieg

Wie in Wien, wurde auch in Sankt Pölten des 12. Februar 1934 gedacht. Landtagsabgeordneter a.D. Karl Gruber skizzierte in einer Gedenkrede Ursachen und Folgen dieses historischen Ereignisses.

Österreich hat im 20. Jahrhundert schwere Schicksalsschläge erlitten. Besonders dramatisch waren die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Ersten Republik, die zum 12. Februar 1934 hingeführt haben. Der Brand des Justizpalastes und das Politmassaker vor diesem im Juli 1927, ausgelöst durch ein Fehlurteil, das die Mörder von Schattendorf freisprach, war der Anfang vom Ende der demokratischen Verhältnisse.

Eine Meinungsverschiedenheit im Nationalrat führte 1933 zu einer Parlamentskrise, die der zur Diktatur neigende Bundeskanzler Dollfuß dazu ausnützte, die demokratisch gewählte Volksvertretung nicht mehr zusammentreten zu lassen.

Die große Weltwirtschaftskrise hatte zu Massenarbeitslosigkeit geführt, bald gab es mehr als 600.000 Arbeitslose und Zehntausende ausgesteuerte Langzeitarbeitslose ohne jegliche Unterstützung. Scharen von Bettlern und Obdachlosen gaben sich die Türschnallen in die Hand um einen Groschen, einen Erdapfel, eine Suppe oder gar ein paar alte Schuhe zu bekommen. Die Regierung war nicht instande, die wirtschaftliche Lage in den Griff zu bekommen – gegen die Unzufriedenheit der Menschen vertraute sie auf die Unterstützung durch den italienischen und ungarischen Faschismus.

Nach Ausschaltung des Parlaments regierte Dollfuß mit seiner Christlichsozialen Partei mit

dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz, also autoritär. Noch konnte der Republikanische Schutzbund im Sankt Pöltner Rennbahnstadion eine mächtige sozialdemokratische Kundgebung abhalten; sie wurde allerdings vom Bundesheer, das damals ein Berufsheer war,

in Sankt Pölten! Doch der heldenhafte Widerstand der Schutzbündler gegen die Staatsmacht, gegen Exekutive, Heimwehr und das Militär mit seinen Haubitzen und Panzerautos war von vornherein aussichtslos. Mehr als 1000 tote Schutzbündler und 150 tote Exekutivbeamte waren zu



Der Vorstand des Landesverbands Niederösterreich gedachte in St.Pölten der Opfer des 12. Februar 1934

viele Stunden lang eingeschlossen. Dann wurde der Schutzbund für verboten erklärt, während die rechtsradikale Heimwehr – ihre Führer saßen schon in der Regierung – weiter ihre Aufmärsche abhalten konnte. Sie hatte es auf Provokation der „Roten“ (die ihr Schutzherr Mussolini zum Hauptfeind erklärt hatte) abgesehen, und die Heimwehrführer Fürst Rüdiger von Starhemberg und Major Fey rüsteten zum Endschlag gegen die Sozialdemokratie. Als am 12. Februar 1934 in Linz das Arbeiterheim nach Waffen durchsucht werden sollte, leisteten die dort anwesenden Schutzbündler heftigen Widerstand. In Windeseile ging die Nachricht durch ganz Österreich. Der Kampf brach los, auch

beklagen, Standgerichte verhängten Racheurteile, so wurden unter anderen Wallisch in der Steiermark, Weissel und Münchreiter in Wien und Hoiss und Rauchenberger in Sankt Pölten gehängt. Die Sozialdemokratie und alle ihre Organisationen wurden verboten und in die Illegalität gedrängt.

Das diktatorische Regime Dollfuß' – er fiel im Juli 1934 einem Naziputsch zum Opfer – und seines Nachfolgers Schuschnigg konnte sich nicht lange halten. Aber was nachher kam – die Herrschaft Hitlers – wurde noch viel schlimmer. Sie brachte nicht nur brutale Unterdrückung jeden Widerstands, sondern auch den Krieg, der ganz Europa in Not und Tod stürzte.

Klima: 12. Februar – der bleibende Auftrag

Die Wiener Sozialdemokraten und Freiheitskämpfer wählten in den vergangenen Jahren jedesmal einen anderen Schauplatz der Februarkämpfe für das Gedenken an dieses historische Ereignis. Heuer war es der Reismannhof in Wien-Meidling. Dort hielt Bundeskanzler Viktor Klima die Gedenkrede.

„Es ist die Aufgabe der Sozialdemokraten, immer dafür zu kämpfen, daß die Menschen nicht aus Hoffnungslosigkeit auf die Vereinfacher und Unkenrufer hören“, sagte der SPÖ-Vorsitzende

Bundeskanzler Klima. „Die Erinnerung an den 12. Februar 1934 ist für uns kein Ritual, es ist die Verbeugung vor den Opfern, eine Mahnung an die Lebenden und eine Aufforderung an die Sozialdemokratie, immer für die Würde der Menschen, für Freiheit und Demokratie einzutreten.“

Gerade für junge Menschen sei es heute – nach fünf Jahrzehnten des beständigen Aufschwungs –



„Sie starben für Freiheit und Menschenwürde“: Kanzler Klima

schwer verständlich, was da vor 65 Jahren passiert ist. „Die sozialdemokratischen Gemeindebauten waren Zentren des bewaffneten Widerstands gegen den Austrofaschismus, der erste Widerstand gegen den europäischen Faschismus.“ Das Ende der Demokratie, die Umwandlung der Republik in den autoritären Ständestaat führten 1938 geradewegs zur Eingliederung Österreichs in das nationalsozia-

listische Deutschland. Die Sozialdemokratische Partei war verboten, viele ihrer Funktionäre waren verhaftet. Die Wunden, die ihr der Austrofaschismus geschlagen hatte, und die furchtbare Not der Arbeitslosigkeit ließen viele Menschen den Glauben an die Demokratie verlieren und in Faschismus und Nationalsozialismus einen Ausweg aus ihrem Elend sehen. Wenn uns die Vorbeter des un-

ingeschränkten Kapitalismus heute glauben machen wollen, daß die Politik nichts mehr ausrichten kann, so müsse die internationale Gemeinschaft der Sozialdemokratie dem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ganz Europa entgegensetzen. „Und wenn wir uns etwas vornehmen, dann schaffen wir es auch“, sagte Klima. Vor dem Bundeskanzler hatten der SPÖ-Betriebsvorsitzende, Europaabgeordneter Hannes Swoboda, der Vorsitzende der Freiheits-

kämpfer Alfred Ströer und Wiens Bürgermeister Michael Häupl der Februaropfer gedacht.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Franz Danimann, Walter Faderny, Karl Gruber, Patrizia Glanzinger-Winkler, Ernst Nedwed, Alfred Ströer und Manfred Scheuch
Redaktionsschluß:
6. April 1999.

Foto: Wilhelm Wagner

Februar-Gedenken in Korneuburg

Trotz Sturmwind und starkem Schneefall hatten sich am 11. Februar zahlreiche Mitglieder der SPÖ-Stadtdorganisation Korneuburg und der Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer – mit Vorsitzender Grete Rodler an der Spitze – zu einer Gedenkstunde im Volksheim eingefunden. Stadtparteivorsitzender Leo Fröhlich konnte hiezu auch Bürgermeister Wolfgang Peterl begrüßen. Auf dem Präsidiumstisch lag die

graue Schirmmütze des Schutzbündlers Leopold Loibl, des Vaters von Grete Rodler, der sich im Anhaltelager Wöllersdorf eine schwere Krankheit zuzog, welcher er im Jahre 1935 erlag. Neben seinem Bild an der Wand hingen die Porträts von Johann Gruber, Rudolf Alexander und Anton Jordan, die für Österreichs Freiheit am 22. Februar 1943 in Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil starben.

Die Gedenkrede hielt der Vorsitzende der Kontrollkommission unseres Bundes, Direktor Walter Faderny. Der Redner erinnerte an die Vorgeschichte des 12. Februar, an den Doppelmord in Schattendorf und die Ereignisse beim Justizpalast, sowie an den Weg zur Diktatur, den Dollfuß einschlug. Er verwies auch darauf, daß Otto Bauer 1934 erst auf Drängen von Parteivorstandsmitgliedern flüchtete. Das Schick-

sal des steirischen Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch, der standgerichtlich verurteilt und am 19. Februar gehängt wurde, hätte auch Bauer gedroht. Die Lehre aus den Ereignissen vor 65 Jahren ist, daß wir stets für Demokratie und Freiheit einstehen und die nachrückende Generation aufklären müssen, damit sich für Österreich Schreckensjahre wie die von 1933 bis 1945 nie mehr wiederholen können.



Gegen Geschichtslüge im ORF

Die Landesorganisation Niederösterreich des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer richtete nachstehendes Schreiben an ORF-Generalintendant Gerhard Weiss:

Sehr geehrter Herr Generalintendant!

In der ORF-Sendung „Brennpunkt“ zum 12. Februar 1934 wurde im Magazinteil dieser Sendung wörtlich gesagt, daß der Führer der Sozialdemokratie, Otto Bauer, seine Schutzbündler im Stich gelassen und sich voreilig nach Brünn abgesetzt habe.

Diese Behauptung ist historisch falsch. Josef Hindels schreibt in seiner Broschüre „Der Weg zum 12. Februar 1934“ auf Seite 37 Folgendes:

„Nach der Niederlage des Schutzbundes haben die Austrofaschisten, aber auch die Nazis versucht, die verbitterten Schutzbündler

gegen die 'jüdischen Führer' aufzuhetzen. Im Mittelpunkt dieser Kampagne stand Otto Bauer. Von ihm wurde behauptet, er habe noch vor dem Ausbruch der Kämpfe mit der Parteikassa die Grenze überschritten. Rosa Jochmann arbeitete während der Kämpfe in der Kampfleitung des Parteivorstandes im Wiener Ahornhof. Über die Flucht Otto Bauers, die während der Kämpfe erfolgte, berichtete sie: 'In der Nacht von Montag auf Dienstag sind schon



Otto Bauer

ringsherum Leuchtraketen aufgestiegen, und uns wurde gemeldet, die Soldaten sind schon ganz nahe und finden heraus, wo sich der Parteivorstand aufhält. Da ging ich zu Bauer und sagte zu ihm: Jetzt müssen Sie unbedingt weg von hier. In den Zeitungen stand später, daß Otto Bauer mit einer Million über die Grenze geflüchtet sei. Das war eine riesige Unwahrheit. Er hatte überhaupt kein Geld. Bauer wollte und wollte nicht aufbrechen. Wir sprachen alle auf ihn ein. Endlich erhob er sich doch, und ich konnte ihn zur Kellertür eines Siedlungshauses führen und ihm den Weg aus der Siedlung zeigen“.

Otto Bauer hatte in der Emigration nur noch vier Jahre zu leben. Er hat seine ganze Kraft, sein Wissen und seine Erfahrung in den Dienst der illegalen Kader der Revolutionären Sozialisten gestellt. Typisch für seine Geisteshaltung war, daß er jeden Führungsanspruch ablehnte. Die Führung, so sagte er, muß bei jenen liegen, die im Land die illegale Arbeit leisten.“

Ich ersuche Sie, den zuständigen Redakteur, der für diese Sendung verantwortlich zeichnet, auf diese wichtige geschichtliche Tatsache aufmerksam zu machen. Jede andere Darstellung gehört als Lüge gebrandmarkt.

Mit freundlichen Grüßen

LAbg.a.D. Karl Gruber, Landesvorsitzender.



Foto: Wilhelm Wagner

Zum 100. Geburtstag von Georg Weissel legte eine Delegation der Wiener Freiheitskämpfer an dessen Grab auf dem Zentralfriedhof einen Kranz nieder. Georg Weissel, Feuerwehrkommandant in Floridsdorf, wurde – wir berichteten in unserer letzten Ausgabe über sein Leben und Sterben – von den Austrofaschisten im Februar 1934 gehenkt.

In der Hölle von Auschwitz

In einem Vortrag vor 140 Sankt Pöltner Lehrlingen der Lehrwerkstätten von ÖBB und Voith gab Dr. Franz Danimann als Zeitzeuge einen eindrucksvollen Erlebnisbericht in der Turnhalle der ÖBB-Lehrwerkstätte. Adolf Hitler, leitete er ein, der am 30. Jänner 1933 in Deutschland zur Macht kam, verwandelte das Land innerhalb weniger Wochen in ein gnadenloses Zuchthaus für offenkundige Gesinnungsgegner. Nicht viel anders erging es im März 1938 „Andersgläubigen“ in Österreich. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht gab es 75.000 Verhaftungen, und es folgte der erste Transport ins Konzentrationslager Dachau. Mit Kriegsbeginn wurde die Verfolgung noch weit aus brutaler.

Franz Danimann kam ins KZ Auschwitz-Birkenau, eine wahre Hölle. In diesem Vernichtungslager war Sterben die Regel und Überleben die Ausnahme. Für Danimann war es ein ausgesprochener Glücksfall, daß er, trotz zweimaligem Typhus, als Sanitäter überleben konnte. Er lernte die ganze Brutalität des Lagersystems kennen. So wurden schon am 28. Fe-

bruar 1942 bei „Erprobung“ der Gaskammern 746 Kranke in den angeblichen „Schonungsblöcken“ ermordet, unter ihnen auch sein Freund und Kampfgefährte, der Sankt Pöltner Rudolf Sindl. Er gehörte der internationalen Widerstandsgruppe im Lager an, bei der unter anderem Österreicher und Polen eng zusammenarbeiteten. Nach einem Fluchtversuch wurden drei Österreicher und zwei Polen vor den zum Zählappell zusammengetretenen 60.000 Häftlingen gehängt. Ihre letzten Worte, bereits unter dem Galgen, waren: „Für ein freies Österreich!“ (Ernst Burger), „Nieder mit der braunen Mordpest!“ (Rudi Friemel) und „Heute wir, morgen ihr!“ (Vickerl Vesely). Auch als der Krieg endgültig verloren war, mordete die SS weiter. Noch im Sommer 1944 wurden 400.000 ungarische Juden vergast. Die letzte Hinrichtung im sogenannten Stamm-lager fand am 30. Dezember 1944 statt. Es folgte die Massenevakuierung, für Tausende wurde sie zum Todesmarsch. Danimann erlebte am 27. Jänner 1945 seine Befreiung: „Es war mein zweiter Geburtstag“.

Leo Mistingers bitterste Jahre

Bei einer Feierstunde zu seinem 95. Geburtstag berichtete Leo Mistingering über die näheren Umstände, die ihn in die Fänge der Gestapo und ins Konzentrationslager Flossenbürg brachten.

Rund um seinen 95. Geburtstag am 16. März wurden dem Ehrenvorsitzenden der Freiheitskämpfer, Leo Mistingering, zahlreiche Ehrungen und Glückwünsche zuteil. Am Tag der Wiener Landesversammlung (über die wir an anderer Stelle berichten) hatten Präsidium und Vorstand den Jubilar zu einer Geburtstagsfeier sozusagen im „familiären Kreis“ geladen. Nach den Würdigungen seiner Tätigkeit sowohl im Widerstand als auch beim Aufbau von „Jugend am Werk“ in den Nachkriegsjahren durch Alfred Ströer und Hubert Pfoch wurde es ganz still, als Leo Mistingering ausführlich über die Umstände seiner Verhaftung durch die Gestapo im Jahr 1943 berichtete.

Damals versuchte die Sowjetunion, einsatzbereite österreichische Kommunisten mit dem Fallschirm über dem Reichsgebiet abzusetzen; sie sollten Widerstandsorganisationen aufbauen und per Funk Nachrichten an die Rote Armee übermitteln. Unter den für diese Aktion ausgesuchten war auch der Bruder von Paula Mraz, der verstorbenen Frau Mistingers, dessen Verlobte und eine andere junge Frau. Mraz wurde beim Absprung über Polen von deutschen Soldaten erschossen, den beiden Frauen gelang es, sich nach Wien durchzuschlagen. Mistingers Schwägerin und ihre Begleiterin suchten in einer als Treffpunkt ausgemachten Schrebergartenhütte Mistingers Zuflucht.

„Es war für mich selbstverständlich, ihnen zu helfen“, erinnert sich Mistingering. Vorsichtshalber blockte er seine Verbindungen zum illegalen RS-Kreis, in dem ertätigt war, ab, um nicht

andere zu gefährden. Die beiden mutigen Frauen versicherten, es würde nichts auffliegen, für den Fall einer Verhaftung hätten sie Giftkapseln bei sich. „Als sie dann doch erwischt wurden, schreckten die beiden Mädels vor dem Selbstmord zurück, sie waren ja noch so jung, aber sie hatten noch keine Ahnung von den Verhörmethoden der Gestapo. Sie gerieten in die Fänge des für seine Brutalität berühmten Leiters des Referats Funk- und Fallschirmagentenabwehr Johann Sanitzer, der ihnen ihren Auftrag und ihre Verbindungen abpreßte. Über den ihm preisgegebenen Code nahm er sogar Kontakt mit den russischen Stellen auf und fütterte diese mit Fehlinformationen.“

Nun wurde auch Leo Mistingering, der Gestapo ohnedies aus den Unterlagen, die die austrofaschistische Polizei hinterlassen hatte, bekannt, verhaftet. Nach grausamen Verhören in der achtmonatigen Gestapohaft im einstigen Hotel „Metropol“ am Morzinplatz – durch Schläge wurde sein Gehör schwer beschädigt, an den Händen stundenlang aufgehängt, wurden auch diese auf Lebenszeit in Mitleidenschaft gezogen – erfolgte die Verurteilung wegen Hochverrats, Feindbeihilfe und Versuch der Abtrennung eines Gebiets vom Reich. Mistingering wurde ins KZ Flossenbürg im Bayerischen Wald gebracht, einem Lager, das bevor-



Aus Anlaß des 95. Geburtstages von Leo Mistingering hat unser Bund eine mit zahlreichen Illustrationen versehene Broschüre herausgebracht, in der Alfred Ströer, Hans Mayr und Ernst Nedwed Lebensweg und Leistung des Jubilars beleuchten. Sie kann über das Sekretariat bezogen werden, Bestellung: 534 27-277.

zuguterweise auch als Hinrichtungsstätte für Regimegegner galt. „Jedes der Delikte, die mir zur Last gelegt wurden, waren ‚Köpfler‘, wie es in der KZ-Sprache hieß, das heißt, danach Verurteilte waren für das Fallbeil vorgesehen“. Doch Mistingering hatte unglaubliches Glück; in dem Lager bestand schon eine geheime Organisation der Nazigeegner, und es gelang, die Einweisungsgründe, die Mistingering nach Flossenbürg gebracht hatten, verschwinden zu lassen. So überlebte Mistingering das Grauen des Konzentrationslagers; am 23. April 1945 wurden dessen Insassen von amerikanischen Truppen befreit. In das sowjetisch besetzte Wien zurückgekehrt, wurde Mistingers Hilfsbereitschaft von den Russen anerkannt; die beiden aus der Gestapohaft befreiten Frauen wurden allerdings zu 15 Jahren Lager verurteilt; erst zehn Jahre später durfte Mistingers Schwägerin nach Österreich zurückkehren. „Ich habe ihnen, was da in dieser grausamen Zeit geschehen ist, niemals nachgetragen – es war meine Pflicht, ihnen zu helfen.“ ■

Zeugin des Elends



Mit ihren Bildern machte die Fotografin Dorothea Lange in den USA Geschichte. Bis zum 30. Juni sind diese Fotos nun in der Wiener Arbeiterkammer zu sehen. Am eindrucksvollsten sind die zahlreichen Bilder, die das Elend der durch die Wirtschaftskrise verarmten Kleinpächter und Wanderarbeiter auf den Riesenfarmen der Großgrundbesitzer zeigen. Frau Lange verwendete die Kamera dazu, um die Amerikaner aufzurütteln und Hilfe vom Staat und den Wohlhabenden „herauszureißen“. Die Fotos sind eindringliche Zeugnisse engagierter Sozialfotografie, getragen vom Gerechtigkeitsinn der Fotografin, und zugleich Kunstwerke.

Konferenz des Landesverbandes Wien

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer in Wien, die am 12. März im Festsaal des Alten Rathauses stattfand, stand im Zeichen der Erinnerung an die gerade vor 50 Jahren erfolgte Gründungskonferenz des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Der Landesvorsitzende Ernst Nedwed erinnerte in seiner Einleitung daran und auch an die dunklen Tage des 12. März 1938, als die Mordkommandos der Nazis in Österreich Einzug hielten. Ein weiteres Ereignis dominierte den Beginn dieser Veranstaltung. Leo Misting, Ehrenvorsitzender des Bundes, wurde anlässlich seines 95. Geburtstages von der Landeskonferenz unter großem Applaus geehrt. Zu diesem Geburtstag ist vom Bund und vom Landesverband eine Broschüre unter dem Titel „Leo Misting - Zeitzeuge eines Jahrhunderts“ erschienen, die Leo Misting und den Delegierten der Landeskonferenz überreicht wurde. In dieser Broschüre werden die Stationen des Wirkens von Leo Misting, von den Zeiten seiner Jugendarbeit in der ersten Republik an bis zu seiner jetzigen Tätigkeit im Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, dokumentiert. Besonders wird sein Kampf gegen den Austrofaschismus, seine Verhaftung durch die Gestapo und die leidvolle Zeit im Konzentrationslager Flossenbürg hervorgehoben. Die Konferenz beschloß mit Akklamation Leo Misting auch als Ehrenvorsitzender des Landesverbandes Wien auf Lebenszeit zu wählen. Leo Misting dankte in bewegten Worten für die Ehrung, die ihm anlässlich des 95. Geburtstages zuteil wurde und versprach, soweit es ihm seine Gesundheit erlaube, weiterhin ein Mitkämpfer

und Mahner innerhalb des Bundes und in der Öffentlichkeit zu bleiben.

Der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Alfred Ströer überbrachte die Grüße der Bundesorganisation und dankte den Wienern dafür, daß sie als größter Landesverband des Bundes eine starke Basis für die gemeinsame Arbeit bilden. Alfred Ströer nahm sodann die Überreichung der vom Präsidium beschlossenen Otto-Bauer-Plaketten an einige Genossinnen und Genossen vor. Es wurden ausgezeichnet: Ing. Ernst Figl, Johann

Wiener Rechtsaußen-Partei FPÖ. Landesvorsitzender Ernst Nedwed hob nach dem Referat hervor, daß Johann Hatzl ein echter Freund der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und ein ständiger Mitkämpfer gegen die Kräfte von Rechts ist.

In seinem Arbeitsbericht verwies Nedwed auf die vielfältigen Aktivitäten der Wiener Freiheitskämpfer, von den Kundgebungen, Gedenkfahrten bis zu Seminaren und politischen Aufklärungsveranstaltungen, die dazu geführt haben, daß der Bund heute gemeinsam mit den anderen Opferver-

arbeit erfuhr durch die Gründung des Vereines Mauthausen Aktiv Österreich einen neuen Aufschwung. Von diesem Verein wurde eine Reihe von größeren Veranstaltungen u.a. das große Gedenkkonzert mit Joe Zawinul im Steinbruch von Mauthausen durchgeführt. Auch an der von der Wiener SPÖ und dem Gemeinderatsklub im September veranstalteten Kundgebung in Mauthausen beteiligten sich zahlreiche Mitglieder des Landesverbandes.

Abschließend hob Nedwed die hervorragende Zusammenarbeit mit der Bildungsorganisation der SPÖ Wien, mit der Arbeitsgruppe gegen Rechts und mit dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes hervor. Er dankte den Organisationen der Partei und der Bundesorganisation für die stete Unterstützung der Wiener Freiheitskämpfer.

In den Landesvorstand wurden folgende Mitglieder gewählt:

Vorsitzender: NEDWED Ernst.
Vor.Stellv.: SCHWANTNER Hanes, SLABINA Herta.

Finanzreferent: FRÜHAUF Ernst.
Finanzreferent Stellv.: WAGNER Wilhelm.

Schriftführer: LHOTZKY Peter
Schriftf. Stellv.: TEMPELMAYR Hans-Jürgen.

Beisitzer: AUFRICHTIG Julius, BROSC Hans, EXENBERGER Herbert, GELBARD Rudolf, HANTKE Otto, HIRSCH Jürgen, HOFMANN Fritz, KOHLBACHER Alfred, LEHNER Peter Ulrich, LISZKA Bruno, LUDWIG Michael, MAURITZ Hilde, NEIGER Kurt, OUTOLNY Ernst, PELZ Ludwig, SARKÓZI Rudolf, SCHRANZ Edgar, STROBEL Heinz, VOSPEL Margarete, WASCHEK Hans, WASERBERGER Gilbert.

In die Kontrolle wurden gewählt: BARTEL Ferdinand, JAPPEL Leopold, KARNIK Rudolf, KOLIN Ludwig, LETTNER Walter. ■



Landesvorsitzender Ernst Nedwed beim Arbeitsbericht 97/98

Hatzl, Walter Lettner, Peter Lhotzky, Bruno Liszka, Hilde Mauritz und Johannes Schwantner.

Alexander Blum, Ing. Ernst Figl und Romana Steininger wurden außerdem zu Ehrenmitgliedern des Landesverbandes gewählt.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPÖ Wien und Klubvorsitzende der sozialdemokratischen Gemeinderäte, Johann Hatzl, hielt bei der Landeskonferenz das Hauptreferat unter dem Titel „Sozialdemokratie – engagiert für Wien“, Hatzl überbrachte die Grüße und den Dank der SPÖ Wien und berichtete über die kommunalpolitischen Initiativen sowie über die Auseinandersetzungen mit der

bänden, eine bedeutende Stimme in der Öffentlichkeit hat.

Aus dem Bericht 1997/98 wies Nedwed insbesondere auf die Kundgebungen zum Februar 1934, zum 15. Juni 1927, beim internationalen Mauthausentreffen und im Zigeunerlager Lackenbach hin. Im Jahr 1998 wurde anlässlich des Gedenkjahres "60 Jahre März 1938" eine Reihe von Kundgebungen und Veranstaltungen durchgeführt. Die Wiener Freiheitskämpfer nahmen an den Veranstaltungen teil oder organisierten sie selbst wie zum Beispiel jene auf den Wiener Westbahnhof, bei der des ersten Österreichertransports vom 1. April 1938 gedacht wurde. Die antifaschistische Aufklärungs-

„Die Heimat lag vor Madrid“

Vor sechzig Jahren, am 28. März 1939, fiel Madrid in die Hand der spanischen Faschisten. Für Interbrigadisten wie Hans Landauer begann die Zeit der Lager.

Mit dem Einmarsch in der Hauptstadt Madrid war der dreijährige Spanische Bürgerkrieg zu Ende, und General Franco konnte im ganze Land als Diktator herrschen. Diesem Ereignis widmete kürzlich als einziges österreichisches Blatt die „Wiener Zeitung“ eine ganze Seite. Dort war auch ein Bericht von Edgar Schütz über den Einsatz unseres Mitglieds Hans Landauer als Freiwilliger in Spanien zu lesen; wir bringen daraus einen Auszug. „Ich hab mich ja damals noch nicht einmal rasiert“, erinnert sich Hans Landauer an das Frühjahr 1937, als er nach Spanien aufbrach. Denn der 16jährige Hans von den „Rote Falken“ aus Oberwaltersdorf war überzeugt: Die letzte Chance, den Faschismus abzuwehren, gibt es in Madrid.



Julius Deutsch war Artilleriegeneral der Republikaner

Weil er für seinen Großvater oft Päckchen mit illegalen Publikationen wie die „Arbeiter-Zeitung“ oder die „Rote Fahne“ transportierte, wußte Hans Landauer, wohin er sich wenden mußte. Am 18. Juni nahm der 16jährige in Traiskirchen von einem Verbindungsmann 150 Schilling und eine Kontaktadresse in Paris in Empfang. Einen Tag danach ging die Reise los. Sie sollte erst acht Jahre später enden.

1937 funktionierte der von der Komintern organisierte Spanienkämpferapparat wie geschmiert. „Am 19. Juni bin ich weg, einen Monat später war ich an der Front.“ Knapp zuvor war das Österreicher-Bataillon der XI. Brigade gegründet worden. Ein Name als Programm: „12. Februar 1934“. „Von den 1.350 Öster-



Hans Landauer auf Gestapo-Foto

reichern, die nach Spanien gingen,“ meint der heute 78jährige, „waren fast alle 1934 bei der Verteidigung der Demokratie in Österreich dabei. Wir sahen den Ständestaat nicht als unsere Heimat. Die lag damals vor Madrid.“ Landauer wurde am 4. September 1937 bei Belchite verwundet. Der Kampfgeist blieb intakt. Landauer trat der „Juventud Socialista Unificada“, einer KP-Organisation, bei. Er beteiligte sich noch am zweiten Einsatz der Freiwilligen im Dezember 1938. „Als Franco Katalonien angriff, sind wir in einer ‚ratonera‘ gesessen, einer Mausefalle“. Bis Ende Jänner wurde gekämpft. Eine Frage der Moral und der Ideologie, der Krieg war verloren. Im Februar 1939 überstellte man die übriggebliebenen Brigadisten in französische Lager. „Das war die Vorhölle für Deutschland“. Dreimal brach Landauer aus, dreimal wurde er gestellt.

Im Herbst 1940 wurde den Internierten zugetragen, sie könnten gefahrlos in die von Hitler besetzte Heimat zurückkehren. Auch Landauer wurde Opfer seiner Leichtgläubigkeit. Die Heimfahrt endete im besetzten Paris. Er wurde von der Gestapo verhaftet und nach Wien überstellt. Ob seiner Jugend hoffte die Familie auf Gnade. Mit dem Tintenblei schrieb der 20jährige aber die Wahrheit auf ein Handtuch. Als die Mutter den Stoff einweichte, las sie: „Komme nach Dachau.“

1945 kehrte der 24jährige nach Österreich zurück. Aufgrund der Erfahrungen mit den russischen Besatzern war ihm bald klar: „Die KP hat ausgespielt“. Landauer wurde SP-Mitglied und Polizist. Im Innenministerium widmete er sich der Aufklärung von NS-Verbrechen. Später, als UN-Beamter in Zypern, deckte der Neonazi-Umtriebe im Österreicher Kontingent auf. Er hat eine Spanienkämpfer-Sammlung im DÖW angelegt, in der Dossiers über 1.356 österreichische Freiwillige Auskunft geben. ■



Fotos darüber, was nicht mehr da ist

„Wiener Einstellungen“ nennt sich eine interessante Ausstellung im Jüdischen Museum (noch bis 2. Mai). Die Fotografin Lisl Ponger hat Orte mit Bezug zum einstigen jüdischen Leben in Wien aufgesucht und dokumentiert mit hundert Bildern, was dort heute vorzufinden ist – also Fotos darüber, was nicht mehr da ist. Unterstützt werden die Fotos durch Schrifttafeln zeitgenössischer Beschreibungen, z.B. des sogenannten „Türkischen Tempels“ in der Zirkusgasse, an dessen Stelle heute ein Neubau steht. Manchmal gibt es noch Reste – wie den oben abgebildeten Jüdischen Friedhof in der Seegasse auf dem Alsergrund, eingeklemt zwischen Wohnbauten.

Foto: Lisl Ponger



Österreichische Freiwillige der Internationalen Brigade

Wir gratulieren:

Zum 97. Geburtstag: Hans Rosenberger, Wien. 96. Geburtstag: Josef Menzel, Innsbruck; Rudolf Horak, Wien. 95. Geburtstag: Leo Mistinger, Berta Ottwald, Wien. 94. Geburtstag: Rupert Pötsch, Krieglach. 93. Geburtstag: Josef Dorfer, Zederhaus; Rudolf Guttman, Pottendorf; Johann Mitrovits, Steinbrunn; Leopold Nezhyba, Wien. 92. Geburtstag: August Cerov, Bruck/Mur; Anton Grimlinger, Zeltweg. 91. Geburtstag: Anna Berger, Molln; Karl Mach, Wien. 90. Geburtstag: Antonia Schauerl, Graz; Albertine Kröner, Anton Schmidt, Wien. 85. Geburtstag: Maria Kutschek, Köttmansdorf; Johanna Seidenberger, Salzburg; Otto Redl, Schrems; Othmar Raus, Wr. Neustadt; Anton Aschenbrenner, Angela Coudek, Hedy Immervoll, Hilde Moser, Adalbert Pieczonka, Dr. Hermann Schnell, Josef Szalay, Maria Tugendsam, Margarete Zich, alle Wien. 80. Geburtstag: Jeanette Ader, Kurt Braun, Helene Brayer, Ing. Rudolf Häuser, Charlotte Mettner, Josef Srp, Adalbert Stromayer, Ing. Gustav Szabo, Hermine Weinberger, alle Wien. 75. Geburtstag: Hans Wallisch, Braunau/Inn; Angela Trinko, Gmünd; Alma Schiretz, Graz; Maria Proschko, Linz; Karl Kratochwil, Riegersburg; Elisabeth Marchfeld, Salzburg; Johann Mandl, Leopold Mayrhofer, Emma Medek, Gertrude Pravda, Karoline Preiss, Maria Stanzl, Franz Svatek, alle Wien.

Tirol: Zwei Abschiede

Der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer Tirol beklagt den Tod seines Vorstandsmitgliedes Dr. Paul Flach. Von Beruf Rechtsanwalt, galt das Leben Dr. Flachs dem Kampf gegen Faschismus und Rassismus. Vorsitzende Maria Kaiser hielt eine vielbeachtete Grabrede, in der auch die unermüdlige Hilfsbereitschaft und Liebenswürdigkeit des Verblichenen hervorgehoben wurde. Im Alter von 81 Jahren starb der

Ehrenobmann des Bundesverbandes österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), Heinz Mayer, in Innsbruck. Schon vor 1938 aktiv gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus, wurde Mayer von den Nazis zunächst verhaftet, dann in der Rüstung dienstverpflichtet und schließlich ins KZ Buchenwald eingeliefert; im April 1945 verließ er es als 100 %-Invalide. ■

Kritische Schulprojekte

Schüler befassen sich kritisch mit der Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus.

Die Jahresversammlung des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes wurde am 9. März 1999 im Alten Rathaus auf eine unübliche Art und Weise abgehalten. Und zwar wurden dazu heuer Gruppen von Lehrern und Schülern aus verschiedenen Wiener Schulen eingeladen. Der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Dr. Kurt Scholz, erinnerte in seiner einleitenden Ansprache an den Geschichtsunterricht vor zwanzig Jahren, der allzu oft mit dem Ersten Weltkrieg endete. Seither hat sich in den Schulbüchern, in der Ausbildung der Lehrkräfte sowie durch den Einsatz von Zeitzeugen und Aktivitäten des DÖW auf diesem Gebiet in Richtung auf eine kritische Geschichtsaufarbeitung viel geändert. Damit komme den Schulen auch im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus große Bedeutung zu.

Danach stellten verschiedene Wiener Schulen ihre Projekte zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus vor. Das Akademische Gymnasium befaßte sich mit den „Umschulungen“, also Vertreibungen, der jüdischen Mit-

schüler aus seinem Haus. Auch in der AHS Gymnasiumstraße und in der Höheren Bundeslehranstalt Wieden ging man den Schicksalen der 1938 „verschwindenen“ jüdischen Schüler nach. Das Oberstufenrealgymnasium in der Hegelgasse sammelte „oral history“ von Zeitzeugen. Die Bundeslehranstalt Michelbeuern ging auf die Ereignisse der sogenannten „Reichskristallnacht“ ein. Das Erich-Fried-Gymnasium in der Wasagasse (9. Bezirk) befaßte sich mit dem Autor, dessen Namen es nun trägt, und war aktiv in der Ablehnung der FP-Angriffe, die die Rückbenennung in Franz-Schubert-Gymnasium forderten. Die AHS in der Unterberggasse im 20. Bezirk arbeitete die Geschichte des Gestapo-Anhaltelagers Karajangasse auf. Das Gymnasium Ödenburger Straße kümmert sich um den 1877 gegründeten, 1978 geschlossenen jüdischen Friedhof in Floridsdorf. In einer Veranstaltung des DÖW am 20. April wird der diesjährige Willy und Gerda Verkauf-Verlonpreis verliehen. Dieser Preis für antifaschistische Publizistik geht heuer an Dr. Rainer Mayerhofer, „Wiener Zeitung“. ■

Das rote Simmering

Die Sozialdemokraten Simmerings haben es nun schriftlich: Das jüngst erschienene Buch „Verliebt in Simmering“ erzählt die Geschichte der Arbeiterbewegung im 11. Wiener Gemeindebezirk von den Anfängen bis in die unmittelbare Gegenwart. Die Autoren, die Gemeinderätin Christine Lapp und der Historiker Harald Troch – er ist auch als Bezirksrat tätig – sind „ortskundig“, das hat ihnen er-

möglicht, ihre Darstellung besonders lebensnah und anschaulich zu gestalten. Sie wird durch die Aufnahme von persönlichen Erinnerungen von Zeitzeugen bereichert, wobei bisher unveröffentlichte Briefe Rosa Jochmanns, die ja Simmeringerin war, besonders zu erwähnen sind. Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Organisationen wird – mit reichen Illustrationen verse-

hen – in allen Details geschildert. Eine Ehrentafel hält die Opfer der Arbeiterbewegung von 1927 bis 1945 namentlich fest. Darüber hinaus gibt der Band auch einen Abriß des sozialen und wirtschaftlichen Lebens und zeigt, wie der Alltag der Menschen die politische Situation widerspiegelt. Diese beispielhafte Bezirksgeschichte kann bei der SPÖ Simmering, Tel. 534 27-111, um S 40, – bezogen werden. ■



Das Denkmal im Gaswerk

Februar-Ausstellung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer in Bruck an der Mur

Eine engagierte Initiative ergriffen die obersteirischen Freiheitskämpfer unter der Leitung ihres Vorsitzenden Heribert Haring anlässlich des 65ten Jahrestages der tragischen Ereignisse des 12. Februar 1934. Unter dem Titel "Bruck an der Mur 1934. Eine Region im politischen Widerstand" wurde am 5. Februar 1999 im Eduard-Schwarz-Haus die Ausstellung von Stadtrat Hermann Zettelbauer und der NR-Abg. Anni Huber eröffnet. Die Exponate, die aufgrund des Konzepts und der wissenschaftlichen Beratung von Dr. Werner Anzenberger übersichtlich und klar gegliedert, die Vorgeschichte und die Ereignisse der Februar-Tage darstellten, sollten vor allem jungen Menschen die Zeit, in der die Demokratie gegen eine faschistische Übermacht verteidigt werden mußte, in Erinnerung rufen. Den Veranstaltern war es ein besonderes Anliegen, regionale Aspekte in den Vordergrund zu rücken. Die Schautafeln zeigten die Straßenkämpfe in der Stadt Bruck und die Verteidigungsaktionen des republikanischen Schutzbundes gegen die faschistischen Kräfte in Kapfenberg, Thörl und Thurnau. Ein weiterer Schwerpunkt der Ausstellung war Koloman Wallisch gewidmet, der als Landessekretär der Sozialdemokraten in der Steiermark und als Nationalratsabgeordneter "seine Brucker" in höchster Gefahr und Bedrängnis nicht im Stich lassen wollte. Nach dem Ende der Kämpfe floh Wallisch in die Berge. Sein Versteck wurde jedoch verraten und er wurde in das Kreisgericht Leoben überstellt. Nach einem von Wien aus gelenk-

ten standrechtlichen Verfahren wurde er in höchster Eile zum Tode verurteilt und auf einem Holzpflock, den Gefängnishäftlinge aufstellen mußten, gehängt. Es hatte sich nämlich in ganz Leoben kein Zimmermeister oder Tischler gefunden, der einen Galgen aufgestellt hätte. Der aus Wien angereiste Henker Spitzer, ein Fleisshauer, meldete am 19. Februar um 22:40 den Eintritt des Todes. Anschließend verbeugte er sich vor dem Leichnam mit der Bemerkung: "Herr Wallisch, bei Ihnen war es mir ein ganz besonderes Vergnügen." Bei der Eröffnung der Ausstellung, an der Vertreter der Stadt Bruck an der Mur, eine große Anzahl sozialdemokratischer Mandatare, Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen und Betriebsräte teilnahmen, berichteten Zeitzeugen wie z.B. der stellvertretende Vorsitzende des Bundes sozialdemo-

kratischer Freiheitskämpfer Fritz Inkret, der damals als junger Schutzbündler im Zuge der Fe-



Koloman Wallisch

bruarereignisse verhaftet wurde und auch von einem Todesurteil bedroht war, über die Ereignisse vor 65 Jahren. Für den Bundesvorstand nahm an der Eröffnung der Ausstellung der stellvertretende Vorsitzende Ernst Nedwed teil, für den Wiener Landesverband war Willi Wagner anwesend.

Zur Ausstellung ist eine hervorragend gemachte Broschüre, verfaßt von Werner Anzenberger, mit einem Vorwort von LHStv. Dr. Peter Schachner-Blazizek erschienen, die allerdings in einem Abschnitt, der sich mit der Rolle Otto Bauers in den Februartagen befaßt, vom Gesichtspunkt einer objektiven Geschichtsschreibung diskutiert werden müßte. Zu begrüßen ist, daß im Zusammenhang mit dieser Ausstellung einige Zeitzeugen in einer ORF-Sendung über die Ereignisse in der Obersteiermark zu Wort gekommen sind. Auch die steirischen Tageszeitungen berichteten ausführlich über die Ausstellung.



Fritz Inkret beim Zeitzeugengespräch in der Ausstellung in Bruck an der Mur

Opfer-Gedenktag

Am Dienstag, 4. Mai 1999, um 11 Uhr, findet – wie bereits im Vorjahr – im Alten Reichsratssitzungssaal des Parlaments die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Die Einladungen dazu kommen vom Präsidenten des Nationalrates, Dr. Heinz Fischer, und vom Präsidenten des Bundesrates, Gottfried Jaud. Bei der Gedenkveranstaltung wird die Oper „Die Weiße Rose“ von Udo Zimmermann in Zusammenarbeit mit der Wiener Staatsoper aufgeführt. Die Rollen der Geschwister Scholl werden von Hans Peter Kammerer und Ildiko Raimondi übernommen.

Kranzniederlegung

Am Mittwoch, 5. Mai 1999, legen Vertreter des Landesverbandes Wien um 9 Uhr beim Denkmal gegen Faschismus und Krieg auf dem Albertinaplatz einen Kranz anlässlich des vom Nationalrat beschlossenen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus nieder.

Mauthausentag

Am Sonntag, 9. Mai, findet wie alljährlich die Internationale Mauthausen-Kundgebung anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers vor 54 Jahren statt. Die Freiheitskämpfer organisieren eine Busfahrt zu der Kundgebung. Abfahrt 7 Uhr früh, Löwelstraße. Anmeldungen bis 30. April im Sekretariat, Telefon 534 27/277 Dw.

Salztor-Gedenkstätte

Die vom DÖW betreute Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes in Wien 1, Salzorgasse 6, hat einen Jahresbericht für 1998 vorgelegt. Die Gedenkstätte wurde im vergangenen Jahr von 1.430 Personen besucht, davon kamen 101 aus dem Ausland (ein Drittel aus Deutschland).

SOS-Rassismus aus Frankreich

Auf einer „Reise der Erinnerung und Gleichberechtigung“, organisiert von SOS-Rassismus-Frankreich, kam kürzlich eine Gruppe südfranzösischer Lehrer und Schüler nach Wien. Nach einer Fahrt durch ehemalige NS-Konzentrationslager in Deutschland und Polen wollten sie auch mit österreichischen Widerstandskämpfern in Kontakt treten. Sie wurden am 18. Februar im SPÖ-Parteihaus von Vertretern der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer begrüßt. An dem Gespräch mit den Jugendlichen nahmen einige Widerstandskämpfer und ehemalige KZler, die über die Zeit des Kampfes und des Leidens während der Hitler-Ära berichteten, teil. Für die Jugendlichen war dieses Zeitzeugengespräch von großem Interesse, da hier nicht nur Historiker, sondern Betroffene zu Wort kamen.

In einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung bei Alfred Hrdlickas Mahnmahl gegen Krieg und Faschismus erläuterte Wiens Inte-

grationsstadträtin Renate Brauner die Bedeutung des Mahnmahls, wobei sie besonders auf den „Stein der Republik“ mit der Unabhängigkeitserklärung Österreichs vom 27. April 1945 und auf die Figur des straßenwaschenden Juden hinwies: „Vor dem NS-Regime lebten rund 200.000 Juden in Wien, danach waren es 7.000“. Weiters betonte Brauner, daß sie Initiativen dieser Art – die Reise zu Ge-

denkstätten für Opfer des Nationalsozialismus – nicht nur als Integrations- sondern auch als Frauenstadträtin wichtig finde, denn rückschrittliche und menschenverachtende Regime unterdrücken nicht nur politische Gegner und unliebsame Minderheiten, sondern pflegen auch die Rechte der Frauen massiv einzuschränken. „Ihr seid als junge Menschen durch eure Offenheit, euren Mut und eure Kri-



Die jungen Besucher bei den Freiheitskämpfern



Stadträtin Brauner beim Hrdlicka-Denkmal

tikfähigkeit Garanten für ein friedliches Miteinander – ohne Wiederholung der Fehler der Vergangenheit“, sagte die Stadträtin zu den jungen Gästen. „Ich danke euch von ganzem Herzen für eure Initiative, mit der ihr auch in Wien den Opfern des Nationalsozialismus Respekt erweist und ein Zeichen dafür setzt, daß die Erinnerung lebendig bleibt – in jedem und in jeder von euch.“

Wien: FPÖ-Hetzbrief verurteilt

Die Wiener Rathausmehrheit verurteilte eine üble FPÖ-Agitation gegen Ausländerkinder in den Kindergärten.

„Wer kümmert sich um unsere jungen Mütter? SPÖ und ÖVP nicht, denn sonst würden sie nicht zulassen, daß die Wiener Gemeindekindergärten von Ausländerkindern überfüllt sind.“ Dieser Text stand auf einer Postwurfsendung an Wiener Haushalte, mit dem die Wiener FPÖ für ihren Kinderbetreuungsscheck warb.

Abgesehen davon, daß der sogenannte Kinderbetreuungsscheck, weil, wie seriöse Berechnungen nachweisen, unfinanzierbar wäre, ein ungedeck-

ter ist, abgesehen davon auch, daß dahinter die reaktionäre Politik „Frauen zurück an den Herd“ steht – die Propaganda dafür auch noch mit ausländerfeindlicher, rassistischer Hetze zu verbinden, schien auch der Mehrheit im Wiener Gemeinderat untragbar. In einem von den Grünen eingebrachten und von SPÖ und LiF unterstützten Antrag wurde die „üble Sündenbockpolitik und rassistische Vorgangsweise“ der FPÖ verurteilt. Auf diese Weise werde das soziale Klima in Wien vergiftet.

„Die FPÖ lernt nicht aus der Geschichte“, sagte die Brigittenauser SPÖ-Gemeinderätin Josefa Tomsik „Aber es darf sich bei uns niemals wiederholen, was vor mehr als 50 Jahren passiert ist!“ Die drei Parteien distanzieren sich ausdrücklich von den Äußerungen der FPÖ und appellierten an diese, zukünftig „rassistische und ausländerfeindliche Aktivitäten zu unterlassen“ und sich zu entschuldigen. Daran dachte diese freilich nicht. Ihr Sprecher meinte, wenn österreichische Kinder zur Minderheit

werden, müßten gewisse Reglementierungen getroffen werden. Die ÖVP hat den Antrag nicht unterzeichnet. Sie distanzierte sich zwar von den FPÖ-Aussagen, doch meinte ihr Klubchef Prochaska, daß politische Agitation den Parteien überlassen bleiben und nicht durch den Gemeinderat beurteilt werden sollte. Dazu meinte SPÖ-Klubchef Hatzl, das dem zwar prinzipiell zuzustimmen sei, aber keineswegs in so sensiblen Bereichen wie der Stimmungsmache gegen Menschen.

Chiles Pinochet – nun endlich vor Gericht?

Mit Genugtuung hat die demokratische Weltöffentlichkeit das Urteil der britischen Lordrichter zur Kenntnis genommen, wonach dem ehemaligen chilenischen Diktator General Augusto Pinochet keine Immunität zukommt und er daher an Spanien, das ihn des Mords an spanischen Staatsbürgern beschuldigt, ausgeliefert werden kann. Bereits im Herbst des Vorjahres gedachten auch österreichische Sozialdemokraten des demokratisch gewählten Präsidenten Chiles, Allende, der vor 25 Jahren im Zuge von Pinochets Militärputsch ermordet worden war. Deshalb seien noch einmal die Ereignisse, die dazu führten, in Erinnerung gerufen. Am 4. September 1970 erhielt der Sozialist Salvador Allende Gossens als Kandidat der „Unidad Popular“ (Sozialisten, Kommunisten, Radikale) als erster marxistischer Politiker eines lateinamerikanischen Staates die relative Mehrheit der Stimmen in Chile. Die Armen des Landes erhielten die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. 1970 waren in Chile 1,5 Millionen Kinder unterernährt, eine halbe Million Familien (bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Millionen) war obdachlos. Das für die Landwirtschaft nutzbare Land befand sich zu 80 % in den Händen der 4 % Großgrundbesitzer. Die Kupferförderung, damals die größte Industrie des Landes, lag zu 80 % in den Händen US-amerikanischer Konzessionäre. Das Ziel der Regierung Allende war es, die chilenische Gesellschaft – unter Wahrung der Grundrechte der Freiheit, also auf gewaltlosem Weg, von Grund auf neu zu gestalten. Das Regierungsprogramm wurde unter dem Titel „Die 40 Grundmaßnahmen“ bekannt. Seine

wichtigsten Punkte waren: Nationalisierung der Bodenschätze, Enteignung der Monopolunternehmen, Verstaatlichung der Banken und eine Agrarreform. Die größtenteils unterernährten Kinder bekamen zum ersten Mal



Präsident Allende – Hoffnung der Armen

in ihrem Leben regelmäßig Milch, und auch aus den Armenvierteln konnten sie zur Schule gehen. Die Kindersterblichkeit ging 1971-73 um 20 % zurück. Dazu gab es zahlreiche andere soziale Maßnahmen. Allendes Reformpolitik brachte ihn nicht nur auf Konfrontationskurs mit bürgerlichen Schichten des Landes, sondern auch mit den USA. Diese sahen ihre Interessen insbesondere durch die Verstaatlichung der Kupferminen im Juli 1971 geschädigt. Die USA unter Präsident Nixon stellten die Entwicklungshilfe für

Chile ein und veranlaßten die amerikanischen und internationalen Banken, Chile keine Kredite mehr zu gewähren und stattdessen auf sofortiger Rückzahlung der Auslandsschulden zu bestehen. Als kommunistische

kannt wurde, mit finanzieller Unterstützung des CIA und der ITT, der US-amerikanischen Gesellschaft, die 60 % des Aktienkapitals der chilenischen Telefongesellschaft besaß.

Am 11. September 1973 – am Tag, an dem Salvador Allende zu einer Volksabstimmung aufrufen lassen wollte, um die politische Krise zu beenden – putschte die unter dem Befehl von Admiral Montero stehende Marine in Valparaíso. Nach vereinbartem Plan schlossen sich andere Truppenteile unter General Augusto Pinochet Ugarte an. Eine Militärjunta erklärte Allende für abgesetzt und brachte die Meldung in Umlauf, er habe sich bei Erstürmung des Regierungssitzes erschossen. Der Widerstand in den Arbeitervierteln wurde brutal niedergeschlagen. Das Militär trieb die Gegner im Fußballstadion von Santiago de Chile zusammen. Schon in den ersten Putschtagen wurden mindestens 5000 Menschen ermordet. Die Parteien der Linken und die Gewerkschaften wurden verboten, ihre Funktionäre verhaftet, viele von ihnen ermordet. Tausende flüchteten ins Ausland, auch nach Österreich.

Pinochet fühlte sich in seiner langjährigen Gewaltherrschaft so sicher, daß er 1988 eine Volksabstimmung über eine weitere achtjährige Amtsperiode für sich zuließ. Aber mehr als 55 Prozent der Chilenen stimmten gegen ihn. Noch blieb er aber unter der nun christdemokratisch geführten Regierung Oberkommandierender der Armee, dann wurde er zum Senator auf Lebenszeit erhoben. Ein Aufenthalt in England führte 1998 zu seiner Verhaftung; seine Auslieferung eröffnet nun die Möglichkeit, daß seine blutige Herrschaft wenigstens im Ausland gerichtlich abgeurteilt wird. ■

Wolfgang Schüssels Optionen

ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel hält sich einen Wechsel zum Regieren mit der FPÖ offen – er ist nicht bereit, mit einer festen Koalitionsaussage in die Nationalratswahlen, deren Herbsttermin nach beschlossener Steuerreform nun offenbar fix ist, zu gehen. Demgegenüber steht die Festlegung der SPÖ, mit einer FPÖ unter einem Obmann Haider, auch wenn er Landeshauptmann in Kärnten ist, keinesfalls eine Koalition einzugehen.

In den Bundesländern mehren sich in der Volkspartei die Sympathien, es einmal mit der Kombination Schwarz-Blau zu versuchen. So scheiterte in Tirol ein Techtelmechtel des Landeshauptmanns Weingartner, der seiner „Absoluten“ durch eine exaktere Stimmzählung verlustig ging, mit den Freiheitlichen nicht an Prinzipiellem, sondern nur an deren überzogenen Forderungen. Die Landeshauptfrau der Steiermark,

Waltraud Klasnic, ortet ein gutes Gesprächsklima zur FPÖ, und ihr Sportlandesrat Gerhard Hirschmann nennt die Definition des VP-Parlamentsklubobmanns Andreas Khol, die Haider-Partei stehe „außerhalb des Verfassungsbogens“, einen „aufgelegten Blödsinn“.

In Kärnten schließlich schien – jedenfalls bei Drucklegung dieser Ausgabe – so gut wie sicher, daß Jörg Haider zum Landeshauptmann gewählt wird, zeigte sich doch die ÖVP entschlossen, ihre Stimmen nicht dem SPÖ-Kandidaten zu geben; sie hat sich dafür bei Haider in den Verhandlungen auch den einflußreichen Landesratsposten für das Ressort Gemeinden ausgehandelt.

Allerdings könnte der ÖVP, glaubt man jüngsten Umfragen, passieren, daß sie vom Wähler bei den Nationalratswahlen auf den dritten Platz verwiesen wird. Ist auch Blau-Schwarz eine Option, die sich Schüssel offenhält?

Zitiert

Was ist der Wählerwille? Die Mehrheit stimmte für Gruppierungen, die versprochen, Haider nicht zu unterstützen. Voller Angst schielen die Regierungsparteien auf diejenigen, die für Haider votierten, und verlieren dabei ihre eigene Klientel aus den Augen... Die Kapitulation vor elektoralen Trends ist kein demokratischer Reflex, sondern eine autoritätshörige Demutsgeste... Die Rechnung, Haider Landeshauptmann werden zu lassen, damit er nicht in den Nationalratswahlen punkten kann, wird nicht aufgeben. Haider wird selbst dort gewählt, wo er gar nicht kandidiert.

Doron Rabinovici im „Bulletin“ des Republikanischen Clubs



Der Dichter Jura Soyfer, in Feldkirch aus dem Zug geholt, starb am 16.2.1939 im KZ Dachau

Mahnmal in Feldkirch

Mit einem Mahnmal und einer Publikation erinnert die Stadt Feldkirch in Vorarlberg an die Opfer des Nationalsozialismus. In den Märztagen des Jahres 1938, als die Ausreise in die Schweiz noch legal möglich war, sortierten übereifrige Nazis und Gestapoleute im Bahnhof Feldkirch die Ausreisewilligen aus: So gelangte Carl Zuckmayer noch in das Exil, der junge Dichter Jura Soyfer wurde nach Dach-

au überstellt, wo er bekanntlich umgekommen ist.

Seit November 1998 nimmt nun ein Mahnmal in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Bezug auf diesen Schicksalsort. Auf einer vom fahrenden Zug aus sichtbaren, zum Bahnhof führenden Friedhofsmauer brachte der Künstler Harald Gfader Kernsätze aus Zuckmayers Erinnerungen in Kupferlettern an. Das Anliegen Gfaders ist nicht der „er-

hobene Zeigefinger“, sondern „daß endlich geredet, endlich aufgearbeitet wird“. Initiator des Projekts war Kulturstadtrat Karlheinz Albrecht (SPÖ), für den das Mahnmal erst ein Anfang der Erfassung und Bewußtmachung aller Feldkircher Naziopfer ist; auch das Stadtarchiv und der Kulturverein Rheticus-Gesellschaft sind darum bemüht und sammeln nun Zeitzeugenberichte und Erinnerungsstücke. ■

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at. **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt. **Zulassungsnummer:** WoGZ 58 U

HERR

DUR: 0904783

BRÜNNLER LEOPOLD
WERKMANNG. 1-2/3/13
1190 WIEN